

Kleine Anfrage 3616

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Garagenabriss in Bad Freienwalde

In DDR-Zeiten war es üblich, dass vielerorts am Rande der Städte und Siedlungen oft größere Garagenkomplexe entstanden sind. Das Land dafür wurde staatlicherseits zur Verfügung gestellt, den Garagenbau mussten die späteren Nutzer trotz der damaligen Materialknappheit in Eigeninitiative bewerkstelligen. Eine solche Situation gab es auch seinerzeit in Bad Freienwalde. Im Gegensatz zu anderen Kommunen, in denen solche Garagenkomplexe nach der Wende quasi ihre Bedeutung und somit Nutzung verloren haben, besteht in Bad Freienwalde weiter großer Bedarf. So bietet ein in einer Garage abgestelltes Auto eine gewissen Diebstahlssicherheit. Daher pochen ca. 30 Garagenbesitzer in Bad Freienwalde auch auf den Erhalt ihrer bis jetzt genutzten Garagen und wollen diese nicht etwa aus Nostalgiegründen erhalten. Die betroffenen Garagenbesitzer erhielten nach der Wende von der Stadt Bad Freienwalde neue Pachtverträge. Die dortige SVV hatte 2006 die Pachtverträge bis 2025 verlängert, dann aber diesen Beschluss im Jahr 2010 ersatzlos aufgehoben. Somit gilt nun nach Schuldrechtsanpassungsgesetz die Kündigungsmöglichkeit durch die Stadt und eine Pflicht-Beteiligung der Garagenbesitzer mit 50 % an den Abrisskosten der Garagen. Jetzt droht ca. 30 Garagenbesitzern im Bereich Mühlenfließbaue - Berliner Straße - hinter der Post die Kündigung, wovon die Betroffenen erst aus der Presse erfahren haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung dieses Vorgehen - auch im Vergleich zu ähnlichen Fällen in anderen Gemeinden?
2. Warum werden solche wichtigen Pläne der Stadtverwaltung nicht zuerst den Betroffenen in geeigneter Weise mitgeteilt, bevor es an die Presse geht?
3. Der Fachbereichsleiter für Stadtentwicklung gab in der inzwischen mit den Betroffenen abgehaltenen Informationsveranstaltung die derzeitige, sehr niedrige Pachtsumme mit als Kündigungsgrund an. Kann dies als Grund für das Vorgehen der Stadtverwaltung herreichen?

4. Das in Rede stehende Garagengelände wird angeblich hauptsächlich für Eigenheime benötigt. Allerdings liegen derzeit erst ca. 10 Anträge vor. Ließen sich für die ca. 10 Bauwilligen nicht noch geeignete Innenflächen im Rahmen von Lückenschließungen u.ä. finden? Ist es zutreffend, dass Bebauung im Innenbereich Vorrang vor Bebauung im Außenbereich hat und städtebaulich wünschenswert ist?
5. Wie wird der Erhalt der Garagen unter Sicherheitsaspekten (Diebstahlprävention) beurteilt?